

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/623, 17/624, 17/625 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Unser Land braucht eine handlungsfähige Regierung

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat seit dem Wechsel zu keiner schlüssigen Politik gefunden. Ständige Streitereien zwischen den Koalitions-, „Partnern“ CDU, CSU und FDP lähmen die Regierung und das Land. Ein ergebnisloser Krisengipfel folgt auf den anderen und selbst die Wirtschaftsverbände mahnen diese bürgerlich-konservative Koalition, endlich zu einer Linie zu finden und zu regieren.

2. Die Bundesregierung hat bisher völlig versagt

Deutschland braucht eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung anschiebt und die Menschen möglichst heil durch die schwere Wirtschaftskrise führt. Dabei darf die soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben. Die Menschen haben jedes Vertrauen verloren, dass die Regierung Merkel/Westerwelle dieser Aufgabe gewachsen ist. Noch nie ist eine Bundesregierung in der Wertschätzung der Bürger in so kurzer Zeit so abgestürzt. Sie hat keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei und bedient insbesondere ihre Klientel von Hoteliers über Steuerberater bis hin zu den bayerischen Landwirten. Sie verunsichert die Bürger mit ihren unausgegorenen, ökonomisch unsinnigen, sozial ungerechten und unbezahlbaren Großprojekten einer Steuerreform und einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen.

3. Die Bundesregierung hat keine Konsolidierungsstrategie

Haushaltskonsolidierung ist trotz entsprechender Beteuerungen des Bundesministers der Finanzen und der Koalition kein vorrangiges Ziel. Der Bundesminister der Finanzen hat sich geweigert, eine mittelfristige Finanzplanung mit klarer Konsolidierungsstrategie vorzulegen. Zumindest bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen will sich die Bundesregierung wegducken und Grau-

samkeiten erst danach verkünden. Schwarz-Gelb hat mit 80,2 Mrd. Euro für 2010 die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten. Ein Teil der Nettokreditaufnahme ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die daraus folgende konjunkturelle Entwicklung bedingt. Die Koalition hat die Neuverschuldung aber bei weitem nicht in dem Umfang abgesenkt, wie es möglich und angesichts der konjunkturellen Entwicklung, der bereits auf über 1 000 Mrd. Euro aufgelaufenen Bundesschuld sowie der aus der Schuldenbremse sich ergebenden Sparzwänge auch dringend geboten ist.

Bereits bei der Aufstellung des Entwurfs des Bundeshaushalts 2010 im letzten Dezember wäre infolge der besseren wirtschaftlichen Entwicklung eine gleichsam automatische Absenkung der Neuverschuldung gegenüber dem ersten Entwurf für 2010 noch von der Großen Koalition aus dem letzten Sommer um rund 10 Mrd. Euro möglich gewesen. Die Ausgabenansätze vor allem beim Arbeitsmarkt sowie bei den Zinsausgaben waren deutlich gesunken. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diesen Spielraum stattdessen vorrangig zur Finanzierung von Wahlgeschenken verbraucht, insbesondere für die Begünstigung von Hoteliers und Unternehmen.

Seit der Haushaltsaufstellung im Dezember 2009 haben sich die Ausgabenansätze beim Arbeitsmarkt, bei den Zinsen sowie bei der Steinkohle nochmals ohne jedes Zutun der Bundesregierung um weitere 5,5 Mrd. Euro vermindert. Die schwarz-gelbe Koalition hat es dennoch gerade einmal geschafft, die Neuverschuldung um diesen Betrag abzusenken. Von Einsparungen kann unter dem Strich entgegen dem von der Koalition erweckten Anschein keine Rede sein.

Auch die Entwicklung der konjunkturellen Komponente der Neuverschuldung zeigt deutlich, dass die Koalition die Neuverschuldung mit nur rund 6 Mrd. Euro gegenüber dem Steinbrück-Entwurf nicht wie geboten zurückgeführt hat. Diese Komponente hat damals –25,8 Mrd. Euro betragen, derzeit liegt sie gemäß den Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen bei –13,6 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung hätte demnach mindestens um 12 Mrd. Euro reduziert werden müssen und nicht nur um 5,6 Mrd. Euro.

Die Koalition hat die Strukturen des Haushaltes gravierend verschlechtert. Zum einen sind die Investitionen um 400 Mio. Euro gekürzt worden, was mit Kofinanzierungen und Drittmitteln einen Nachfrageausfall von rund 1 Mrd. Euro in diesem Schlüsselbereich für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet. Zum anderen sind die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsgesetz pauschal um 10 Prozent, d. h. etwa 4 Mrd. Euro gekürzt worden. Dadurch könnten entsprechend längerfristig angelegte Aufträge nicht im vollen Umfang vergeben werden und in Einzelfällen sogar große Projekte durch die unsinnige pauschale Kürzung völlig blockiert werden, weil sie nicht mehr durchfinanziert sind.

Die „Sparliste“ der Koalition ist eine Mogelpackung und widerspricht z. T. den haushaltsrechtlichen Grundsätzen von Haushaltswahrheit und -klarheit. So hat z. B. die Koalition bei dem Beschaffungsvorhaben des Großraumtransportflugzeuges A400M 100 Mio. Euro des Ansatzes von 350 Mio. Euro gekürzt, obwohl der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erklärt hat, nach der geltenden Vertragslage müssten dieses Jahr 350 Mio. Euro bezahlt werden. Ebenso sind die Reduzierungen der Ausgabenansätze für Personal um rund 400 Mio. Euro rein virtuell, denn das vorhandene Personal muss in jedem Fall bezahlt werden. Wenn die Personalansätze dafür dann nicht reichen, wird eben flexibel quer oder überplanmäßig finanziert.

Während Bundesminister Dr. Guido Westerwelle gegen Arbeitsuchende wettet, hat die Koalition 900 Mio. Euro für die Arbeitslosen gesperrt, die durch Fortbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen gerade versuchen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dies ist ein zynischer Schlag ins Gesicht der Fleißigen.

Die Fraktion der SPD hat dagegen ein eigenes Sparkonzept vorgelegt, das die Neuverschuldung auf 77,8 Mrd. Euro absenkt. Dabei sind dennoch auch Schwerpunkte auf der Ausgabenseite gesetzt worden: Für die Entwicklungshilfe haben wir zusätzlich 1,25 Mrd. Euro beantragt, für Maßnahmen der Bildung und Forschung 230 Mio. Euro und zur Entlastung der Gemeinden 400 Mio. Euro (Kosten der Unterkunft).

Der misslungene Sparanlauf der Koalition macht für 2011 und die Folgejahre noch misstrauischer als bisher. Diese Koalition hat kein Konzept und versucht, sich unter Verweis auf die Finanz- und Wirtschaftskrise durchzuwursteln. Dabei sind die Probleme gewaltig. Ab 2011 müssen Jahr für Jahr 10 bis 15 Mrd. Euro eingespart werden, um die Regelung der Schuldenbremse und die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzuhalten sowie die steigenden Zinsausgaben finanzieren zu können. Und nach wie vor verweigert die Koalition den Bürgerinnen und Bürgern jede Auskunft, wie sie diese immense Sparanstrengung erbringen will.

Der völlig unklare Kurs gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Verunsicherung von Bürgern und Unternehmen lähmt die Wirtschaftskräfte dieses Landes. Gerade große Unternehmen warten ab und beschränken sich auf reine Erhaltungsinvestitionen – eine gefährliche Entwicklung. Mit ihrer völlig unambitionierten Politik gefährdet diese Koalition auch die Stabilität in der Eurozone. Die anderen Länder schauen mit Sorge auf den unklaren Kurs Deutschlands.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten

Unser Land braucht eine Gesundheitspolitik, die die Solidarität aller Versicherten stärkt, damit auch in Zukunft alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen eine gute medizinische Versorgung nach dem Stand des medizinischen Fortschritts erhalten. Dazu ist eine solidarische Bürgerversicherung einzuführen, zu der alle Bürger entsprechend ihrem Gesamteinkommen beitragen. Das Projekt einer unsozialen und ungerechten Kopfpauschale ist zu beerdigen. Die Zusatzbeiträge sind abzuschaffen, die paritätische Finanzierung ist wiederherzustellen. Die Bundesregierung darf der Explosion der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung nicht tatenlos zusehen, sondern muss endlich insbesondere die steigenden Kosten für Arzneimittel in den Griff bekommen. Der jüngste Anlauf von Bundesminister Dr. Philipp Rösler ist dazu untauglich, weil er das Problem lediglich zu den Krankenkassen schieben will, die dazu verhandeln sollen. Hier ist aber die Bundesregierung gefordert. Auch muss sie die ärztliche Versorgung besser steuern, insbesondere etwas gegen die ärztliche Unterversorgung in ländlichen Regionen tun.

Auch von ihrem Projekt einer Steuerreform hat sich die Bundesregierung zu verabschieden. Eine solche Reform ist angesichts der riesigen staatlichen Defizite nur auf Pump finanzierbar und deshalb allein schon mit Blick auf die sich daraus ergebenden Belastungen für künftige Generationen nicht vertretbar. Anzustreben ist eine Vereinfachung des Steuerrechts, die den Bürgern hilft und die öffentlichen Kassen nicht belastet. Alle Steuersubventionen gehören auf den Prüfstand. Für Beherbergungsleistungen ist wieder der volle

Steuersatz einzuführen, d. h. die ungerechtfertigten Steuersubventionen für Hoteliers sind wieder abzuschaffen.

Die Kommunen müssen einen gerechten Anteil der öffentlichen Finanzen erhalten. Dies ist derzeit nicht der Fall. Für die Kommunen ist ein Rettungsschirm zu schaffen, der Städte, Gemeinden und Landkreise wieder so handlungsfähig macht, dass sie ihre örtlichen Aufgaben für die Bürger angemessen erfüllen können.

Unsere Demokratie ist zu stärken durch die Einführung von Elementen direkter Demokratie auf Bundesebene und das Kommunalwahlrecht für alle Ausländer, die seit mindestens sechs Jahren in Deutschland leben. Die Programme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind zu verstetigen und durch den Aufbau einer Bundesstiftung langfristig zu sichern. Die Jugendfreiwilligendienste sind weiter auszubauen, z. B. durch Umwidmung der mit der geplanten Verkürzung des Zivildienstes eingesparten Mittel. Die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, insbesondere auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, darf nicht durch unverantwortliche Kürzungen beim Personal gefährdet werden.

In der Finanzmarktpolitik muss die Bundesregierung sich im Rahmen der G20 sowie der EU dafür einsetzen, Off-shore-Finanzzentren und Steueroasen zu schließen, eine internationale Finanztransaktionssteuer einzuführen, ein international gültiges Aufsichts- und Regelwerk für systemisch relevante Kredit- und Versicherungsinstitute sowie für Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und Ratingagenturen zu initiieren, Maßnahmen zu ergreifen, um Aufsichtsarbitrage zu verhindern, Boni wirksam auf einen angemessenen Faktor des Festgehalts zu begrenzen und an die (nachhaltige) Unternehmensentwicklung zu binden sowie ein internationales Frühwarnsystem für Fehlentwicklungen und mögliche krisenhafte Entwicklungen auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten zu etablieren, das die Notenbanken mit einbezieht.

Durch die zeitnahe Einführung einer Sonderabgabe für den Finanzsektor ist sicherzustellen, dass diejenigen, die die Finanzmarktkrise verursacht haben, aber auch alle anderen Akteure des Finanzsektors, die von den erheblichen staatlichen Rettungsmaßnahmen profitierten, sich an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligen. Die Sonderabgabe ist dabei so auszugestalten, dass die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken nicht weiter beeinträchtigt werden. Künftig ist eine hinreichende Beteiligung des Finanzsektors an der Finanzierung des Staates und gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch einen entsprechenden Anteil an der internationalen Finanztransaktionssteuer sicherzustellen. Die Bundesregierung muss, sofern eine zeitnahe Einigung über diese Steuer international nicht möglich sein sollte, auf deren Einführung in der Europäischen Union drängen und, falls eine solche Einigung auch innerhalb der EU nicht zustande kommen sollte, eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen.

Die Bundesregierung hat sicherzustellen, dass künftig kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt mehr unbeaufsichtigt bleiben. Hierzu sind in einem ersten Schritt Leerverkäufe generell zu verbieten sowie gesetzlich zu regeln, dass der Handel mit derivativen Finanzprodukten mindestens für die Aufsichtsbehörden transparent, besser aber über transparente Plattformen abzuwickeln ist. Die Bundesregierung soll bereits im Rahmen der nationalen Gesetzgebung nachdrücklich auf entsprechende europäische Regelungen drängen.

Die Maßnahmen zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen zukunftsfest und an den Bedürfnissen der Verbraucher orientiert umgestaltet werden. Dazu sind Aufklärungsmaßnahmen zum nachhaltigen Kon-

sum auszubauen und eine Stiftung zur Finanzierung der Verbraucherarbeit zu errichten, aus der zunächst ein „Marktwächter Finanzen“ zu schaffen und zu finanzieren ist.

Deutsche Außenpolitik soll sich auch in Zukunft auf Krisenprävention, zivile Konfliktlösung und Auswärtige Kulturpolitik konzentrieren. Die Absenkung entsprechender Mittel steht hierzu im Widerspruch. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur in Worten, sondern auch unterlegt mit Haushaltsmitteln einen substantiellen außenpolitischen Beitrag hierzu zu leisten. In diesem Zusammenhang ist es auch erforderlich, die Leistungsfähigkeit der politischen Stiftungen in der Auslandsarbeit zu gewährleisten. Aus Gründen der Planungssicherheit sollen daher die Ausgabenansätze auf dem Niveau des Haushalts 2010 in der mittelfristigen Finanzplanung verstetigt werden.

Deutschland muss ein international verlässlicher Partner sein. Vertragsbrüche insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern darf es nicht geben. Die von der Bundeskanzlerin im ODA-Stufenplan zugesagten 0,51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit für 2010 sind im Bundeshaushalt abzubilden. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber den armen Ländern und langfristig auch unserer eigenen Sicherheit, Armut und Hunger zu bekämpfen und insbesondere die Umsetzung der UN-Millenniumsentwicklungsziele in den Ländern Afrikas, wie auf den G8-Gipfeln zugesagt, zu unterstützen. Auch die in Kopenhagen für den Klimaschutz zugesagten Mittel sind im vollen Umfang bereitzustellen, Trickereien durch Umwidmung bereits vorhandener Ansätze darf es nicht geben.

2. Fortschritt und Zukunft zu gestalten

Am Atomausstieg ist gemäß den getroffenen Vereinbarungen festzuhalten. Die erneuerbaren Energien sollen weiterhin auf hohem Niveau gefördert werden, um uns von den konventionellen Energieträgern immer unabhängiger zu machen und auch Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Zukunftsgerichtete Bildungs- und Forschungspolitik ist als Grundlage für die Sicherung des künftigen Wohlstandes unseres Landes zu schaffen. Die Bundesregierung hat hier endlich ihrer Gestaltungsaufgabe nachzukommen und sich nicht nur in Ankündigungen zu flüchten. Maßnahmen wie der Qualitätspakt für die Lehre oder das Bologna-Mobilitätspaket sind erst konzeptionell zu unterlegen und nicht nur als bloße Überschriften in den Haushalt zu setzen. Privatisierungsmaßnahmen wie Bildungssparen, Bildungsschecks oder das nationale Stipendienprogramm verfestigen soziale Ungleichheiten. Sie dürfen deshalb nicht umgesetzt werden. Stattdessen sind klare Förderansprüche zu schaffen und Bildungsinfrastrukturen zu stärken. Das BAföG als zentrales Instrument der Chancengleichheit in der Bildung ist auszubauen und zu erhöhen. Ein Ausbildungsschutzschirm ist effektiv auszugestalten, um die Übernahme in die Beschäftigung nach der Ausbildung zu unterstützen. In der Forschungspolitik ist weniger die Wirtschaftsförderung zu betonen und stattdessen die gesellschaftlich tatsächlich nachgefragte Forschung insbesondere an Fachhochschulen zu stärken. Der Forschungsetat ist von den unproduktiven Kosten der Beseitigung der nuklearen Altlasten und der Sanierung nuklearer Einrichtungen zu entlasten.

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist als unabdingbare Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes zu gewährleisten. Für Ausbau und Erhalt muss eine verlässliche Basis für die nächsten Jahre sichergestellt werden. Dies gilt ebenso für die Städtebauförderung. Die Bundesregierung hat im Zusammenhang damit eine klare Aussage dazu zu treffen, wie sie das finanzielle Risiko abfangen will, das sich aus drohenden Kürzungen infolge vorgestreckter Mautmittel ergibt.

Für nachhaltige Zukunftsinvestitionen zur Modernisierung der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur müssen neue finanzielle Handlungsspielräume geschaffen werden. Dazu bedarf es dringend des Abbaus volkswirtschaftlich kontraproduktiver Subventionen, um die frei werdenden Mittel für Zukunftsbereiche einsetzen zu können.

Die Zukunft gehört einer nachhaltigen Landwirtschaft, die flächendeckend wirtschaftet und über die Produktion hochwertiger Agrarrohstoffe vielfältige gesellschaftliche Leistungen erbringt. Die Politik hat diese Entwicklung zu fördern und die Auswirkungen des demographischen Wandels, die Folgen des Klimawandels und die ökologischen Konsequenzen für Wassermanagement und bewirtschaftete Böden stärker zu berücksichtigen.

Kinder sind unsere Zukunft. Der Bund hat in gemeinsamer Verantwortung mit Ländern und Kommunen deshalb dafür zu sorgen, dass Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen möglich ist. Dazu gehört die Beseitigung finanzieller Ungerechtigkeiten in der Familienförderung durch Umwandlung der Kinderfreibeträge in einen gerechten Kindergrundfreibetrag, der alle Kinder gleich fördert, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Dazu gehört ebenso der weitere Ausbau von Betreuungseinrichtungen. Ein Betreuungsgeld darf es nicht geben, die dafür in Aussicht genommenen Mittel von fast 2 Mrd. Euro jährlich sind in den Betreuungsausbau zu investieren.

3. Nachhaltiges Wachstum und Arbeit zu fördern

Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung darf nicht weiter erhöht werden. Zum einen dürfen die Arbeitskosten nicht steigen, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, zum anderen darf das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer nicht geschmälert werden, damit private Nachfrage nicht einbricht.

Die Arbeitsmarktpolitik muss bei der notwendigen Haushaltskonsolidierung vor die Klammer gezogen werden. Die finanziellen Mittel dürfen in Relation zur Zahl der Leistungsbezieher das Niveau von 2009 nicht unterschreiten. Die Betreuungsrelation von Vermittlern und Arbeitssuchenden ist gemäß dem Gesetzentwurf von 2009 zu realisieren. Die gesperrten 900 Mio. Euro sind sofort zu entsperren, damit die Jobcenter vor Ort im gleichen Maße wie bisher in der Lage sind, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Mittelfristig ist ein eigener Haushaltstitel für die JobPerspektive (Beschäftigungszuschuss) einzurichten. Auch Schwerstvermittelbaren muss eine Chance auf dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gegeben werden. Für die zukünftige Behindertenpolitik ist ein Aktionsplan zu entwickeln, der die Teilhabe behinderter Menschen möglich macht.

Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft, und damit neue wachstumsstarke Branchen, sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen. Die Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien ist weiter voranzutreiben. Zur Steigerung von Energie- und Rohstoffeffizienz sind die Forschungsausgaben auf hohem Niveau zu stabilisieren. Die Modernisierung der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur ist Basis für Wachstum und Beschäftigung. Für die Stromnetze der Zukunft ist die Gründung einer Netzgesellschaft auf den Weg zu bringen, die durch die Eigentumsverhältnisse die Steuerungsfähigkeit des Staates gewährleistet. Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes erfordert Investitionen von bis zu 50 Mrd. Euro und kann nicht allein von einem Unternehmen bewältigt werden. Es bedarf entsprechender Kooperationen und die Bundesnetzagentur muss in Zusammenarbeit mit dem Bundeskartellamt und den Be-

treibern die Rahmenbedingungen für solche Kooperationen klären und entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen schaffen.

Rahmenbedingungen für eine neue Gründungskultur sind zu schaffen. Dazu bedarf es eines Konzeptes zur Förderung des Mittelstandes mit Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung und der steuerlichen Förderung von Forschungsanstrengungen von Unternehmen über Steuergutschriften (tax credits). Das Förderangebot des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) ist mindestens auf dem Niveau von 2009 beizubehalten.

Zentrale Aufgabe ist es, die Kreditversorgung der Unternehmen sicherzustellen. Zu diesem Zweck sind auch die Bankenstabilisierungsmaßnahmen auf ihre Wirkung zu überprüfen.

Berlin, den 15. März 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

